



# Ist Ermotti dreist oder mutig?

UBS-Boss Sergio Ermotti stellte einen 5-Punkte-Plan zur Stärkung der Schweizer Wirtschaft vor. Hat er das Recht, die Politik zu kritisieren? Die Nationalratskollegen Nadine Masshardt (SP) und Andrea Caroni (FDP) diskutieren.



  **Von: Nadine Masshardt**  
*An: Andrea Caroni*

Lieber Andrea

Tagesanzeiger, Le Temps und Corriere del Ticino publizierten kürzlich einen Text aus der UBS-PR-Abteilung. Darunter setzte Sergio Ermotti, CEO der UBS, seinen Namen. Inhalt: Wegen der Frankenkrise soll die Wirtschaft mehr Freiheit erhalten. Leider ist das kein konstruktiver Beitrag, sondern ein absurder Wunschzettel für das Gewinnstreben der Banken auf Kosten der Allgemeinheit.

Regt es Dich auch auf, dass ausgerechnet der Chef derjenigen Bank, die vor wenigen Jahren vom Staat mit Milliarden gerettet werden musste, nun gegen diesen Staat und seine Spielregeln hetzt?

Beste Grüsse  
Nadine



  **Von: Andrea Caroni**  
*An: Nadine Masshardt*

Liebe Nadine

Eine freiheitlichere Wirtschaftsordnung ist eine richtige und wichtige Forderung. Dabei freue ich mich über jeden, der sie teilt. Warum Du Dich so über den Absender aufregst, verstehe ich nicht. Im Gegenteil sollten sich auch Wirtschaftskapitäne in die politische Debatte einbringen.

Hörst Du denn lieber Gewerkschaftsfunktionären zu, wie sie der Nationalbank Vorschriften über ihre Geldpolitik machen wollen?

Liebe Grüsse, Andrea



  **Von: Nadine Masshardt**  
*An: Andrea Caroni*

Lieber Andrea

Erinnern Gewerkschaften daran, dass bei der Geldpolitik auch das Wohl der Realwirtschaft eine Rolle spielen sollte, kann ich dem mehr abgewinnen als Ermottis abgehobenen Deregulierungs-Forderungen.

Denn wer sollte es besser wissen als der Chef der UBS, dass keine oder ungenügende Spielregeln ins Auge gehen? Die Grossbankenskandale reissen nicht ab: Devisenmanipulationen, Beihilfe zu Steuerhinterziehung oder riesige Spekulationsverluste sind nur die Prominentesten. Verstehst Du meine Aufregung nun?

Beste Grüsse  
Nadine

  **Von: Andrea Caroni**  
*An: Nadine Masshardt*



Liebe Nadine

Ich würde mich freuen, wenn sich Gewerkschaften wirklich um das Wohl der Realwirtschaft kümmern würden. In der Realität aber interessieren sie sich primär für ihre (schwindenden) Mitglieder und mindestens ebenso für den Einfluss ihrer Funktionäre. Dabei legen sie oft eine unglaublich reformfeindliche Kraft an den Tag, sei es im Arbeitsrecht oder den Sozialversicherungen.

Dabei wären liberale Reformen generell dringend nötig. Auch in der Schweiz leiden an krasser Überregulierung, sei im Baurecht, bei der Mehrwertsteuer, bei den Kinderkrippen, bei den Ladenöffnungszeiten, im Arbeitsrecht, im Postmarkt u.v.a.

Natürlich braucht es Regeln. Für den Finanzplatz haben wir schon unzählige erlassen (in der Session geht's weiter). Der Regulierungsteufel ist aber ausser Rand und Band. Warum soll sich da eine Branche nicht wehren dürfen?

Liebe Grüsse, Andrea



  **Von: Nadine Masshardt**  
*An: Andrea Caroni*

Lieber Andrea

Der Finanzsektor leidet bestimmt nicht unter zu vielen Regeln. Wie sonst hätte die Genfer Filiale der HSBC-Bank im grossen Stil dubioses Geld waschen können? Wenn schon werden die zu laschen Regeln nicht einmal durchgesetzt. Als Gesetzgeber müssen wir doch das Allgemeinwohl vor Augen haben, was verbindliche Regeln nötig macht. Auch wenn sich die Finanzbranche – allen voran immer wieder CEOs der UBS – dagegen wehrt.

Der Gipfel ist: Am Ende können verurteilte Banken die Bussen grösstenteils noch von den Steuern abziehen. Wir alle als Steuerzahlerinnen und Steuerzahler tragen die Folgen. Hilfst Du mit, diesen Missstand zu beheben?

Beste Grüsse  
Nadine

  **Von: Andrea Caroni**  
*An: Nadine Masshardt*

Liebe Nadine

Kein Sektor ist so reguliert wie die Finanzbranche. Es ist ein Irrglaube, dass man bei konkreten Fehlern von Banken und/oder der Aufsicht mit immer noch mehr Regeln reagieren muss. Es reicht zumeist, die vorhandenen anzuwenden.

Bussen soll man in der Tat steuerlich nicht abziehen können. Das ist eine grundsätzliche steuersystematische Frage und hat nur beispielhaft mit Banken zu tun. Ich bin in der Frühjahrsession hierfür gar Kommissionssprecher. Hör also gut zu :-)

Liebe Grüsse, Andrea